Rede **Einbringung Haushaltsentwurf 2027** LR Dr. Kistler, 4.11.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte, liebe Damen und Herren Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, meine Damen und Herren,

„Man soll die Zukunft nicht vorausschauen wollen, sondern möglich machen."

Diesen klugen Gedanken des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry habe ich in den vergangenen Jahren schon über manche Haushaltsrede gestellt. Doch selten – ja, vermutlich noch nie – hat dieser Satz die Wirklichkeit so präzise auf den Punkt gebracht wie am heutigen Tag.

Wir leben in einer Zeit, in der das Vorausschauen fast täglich schwerer wird. Wir blicken in Gesetzesblätter, die immer neue Vorgaben schaffen. Und wir blicken in Kassenbücher, die uns unmissverständlich vor Augen führen: Die Zeit der Überschüsse ist vorbei. Unsere Kassen sind auf Kante genäht.

Wenn wir uns in einer solchen Lage darauf beschränken würden, ängstlich in die Zukunft zu blicken, würde sich sehr schnell Lähmung breitmachen. Wir würden in Schockstarre verharren – vor den Bergen an neuen Aufgaben und den Tälern unserer schrumpfenden Einnahmen.

Aber genau das tun wir nicht! Dafür sind wir nicht gewählt worden. Dafür tragen wir nicht die Verantwortung für diesen Landkreis, seine 32 Städte und Gemeinde und für knapp 175.000 Menschen, die hier ihre Heimat haben.

Zukunft entsteht nicht durch Abwarten. Zukunft entsteht durch mutiges Handeln im Hier und Jetzt. Es ist unsere Pflicht, Zukunft möglich zu machen – gerade dann, wenn der Wind von vorne weht, und gerade dann, wenn die Spielräume eng geworden sind wie nie zuvor.

Lassen Sie mich deshalb auf eine Gefahr besonders hinweisen: wenn das Geld knapp ist, geraten die Gestaltungsaufgaben unter Druck: Kultur, Ehrenamt, Prävention, Gebäude- und Straßenunterhaltung. Also das, was auch das Leben in unserer Heimat und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausmacht. Dass uns das nicht verloren geht, darauf müssen wir achten.

Meine Damen und Herren,

wir müssen uns heute reinen Wein einschenken. Wir dürfen die Dinge nicht schönreden und wir dürfen keine Beruhigungspillen verteilen:

Die Kommunen befinden sich in einer dramatischen Finanzkrise bislang unbekannten Ausmaßes. Die Schere zwischen den von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben und Pflichten einerseits und den hierfür bereitstehenden finanziellen Ressourcen andererseits geht immer weiter auseinander. Diese Diskrepanz gefährdet massiv die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung und droht damit auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates weiter zu untergraben. „Kommunen am Limit“ – wir haben gemeinsam in der kommunalen Familie mit unseren Spitzenverbänden darauf aufmerksam gemacht.

Wenn ich an mein erstes Amtsjahr 2014/2015 zurückdenke: Damals machten die Sozialausgaben schon einen gewaltigen Posten aus. Heute jedoch fressen sie die Gestaltungsspielräume unseres Haushalts fast vollständig auf. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Aufwendungen in zentralen Bereichen wie den Hilfen zur Erziehung oder der Eingliederungshilfe nahezu verdoppelt!
Hinzu kommt die Hilfe zur Pflege: Weil die Eigenanteile in den Heimen durch die Decke gehen, springt am Ende der Landkreis als Sozialhilfeträger ein. Ob Eingliederungshilfe, Pflege, Unterbringung oder Bürgergeld – das alles sind gesetzliche Pflichtaufgaben. Wir können an dieser Stelle nicht einfach sagen: „Diesen Monat zahlen wir nicht.“ Wir sind an Recht und Gesetz gebunden.

Auf der anderen Seite wachsen unsere Einnahmen nicht in gleicher Weise mit. Die Steuereinnahmen schwächeln infolge der wirtschaftlichen Stagnation, Zuweisungen halten mit der Teuerung nicht Schritt und die Zinsen belasten jeden Investitionskredit zusätzlich.

Ein altes deutsches Sprichwort bringt es auf den Punkt:
„Man kann nicht aus dem Vollen schöpfen, wenn die Quelle versiegt.“ Genau das erleben wir heute: Die kommunalen Quellen versiegen, während von oben herab immer mehr Fässer befüllt werden sollen.

Unsere zentrale Aufgabe für die kommenden Beratungswochen lautet daher: Wir müssen einen Haushalt auf den Weg bringen, der genehmigungsfähig ist. Und mehr noch: einen Haushalt, der auch zustimmungsfähig ist – für Sie, meine Damen und Herren Kreisräte, aber eben auch im Bewusstsein der Lage unserer 32 Städte und Gemeinden.

Wir wissen genau, wie es vor Ort aussieht. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sitzen heute hier im Saal. Sie alle ringen in ihren Gemeinderäten um jeden Cent für Kindergärten, Grundschulen, Ortsstraßen und Feuerwehrhäuser.

Eines will ich deshalb in aller Offenheit ansprechen: Hätten wir die Zügel bei der Haushaltsaufstellung nicht sofort angezogen, stünde heute rein rechnerisch eine Kreisumlage von 40,8 Prozent im Raum.
Für den Landkreis Waldshut wäre das ein beispielloser, nicht vermittelbarer Wert gewesen – auch wenn Nachbarkreise diese Schallmauer längst durchbrechen mussten. Für uns war jedoch klar: Wir können und dürfen die Finanzlöcher, die Bund und Land reißen, nicht einfach unbesehen und eins zu eins über eine drastische Umlageerhöhung an unsere Gemeinden durchreichen!
Deshalb bringen wir als Verwaltung nach harter Konsolidierungsanstrengung gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Haushalt einen Haushalt ein, der den Hebesatz der Kreisumlage für das Jahr 2027 bei 36,2 Prozent vorsieht.

Auch das – das weiß ich sehr wohl – verlangt unseren Städten und Gemeinden angesichts ihrer eigenen schwierigen Haushaltslage enorm viel ab. Und natürlich ist es unser gemeinsames Ziel, den Hebesatz bis zur Beschlussfassung noch weiter zu senken. Ob das gelingt, hängt wesentlich auch vom Land ab. Wir brauchen eine zusätzliche, angemessene finanzielle Unterstützung. Der Haushaltserlass des Landes lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfes noch nicht vor, er ist aber für diese Woche angekündigt. Wir werden sehen, was er bringt.

Lassen Sie mich aber gleichwohl nochmals hervorheben, dass bereits der Wert von 36,2 Prozent das klare Ergebnis eigener Sparanstrengungen des Landkreises und ein Beleg für ein faires, solidarisches Miteinander ist. Deshalb haben wir die Ausgaben des Landkreises schonungslos auf den Prüfstand gestellt. Wir müssen Prioritäten setzen und über schmerzhafte Einschnitte sprechen:

Wir müssen über Kürzungen bei den Sach- und Schulbudgets beraten.

Wir müssen den Rotstift beim ÖPNV ansetzen. Einnahmepotentiale sind zu heben. Wir müssen über Anpassungen bei den Freiwilligkeitsleistungen sprechen – etwa bei den Beiträgen zur Schulsozialarbeit. Und wir müssen beim Thema freiwillige Leistungen auch über den künftigen Betrieb unseres Kreismuseums in St. Blasien diskutieren.

Niemand von uns kürzt hier gerne. Niemand im Saal streicht aus Freude Angebote zusammen, die wir über Jahre mühsam aufgebaut haben. Aber wer in der Krise nicht priorisiert, verliert am Ende die Kontrolle über das Ganze.

Mit einem Volumen von über 70 Millionen Euro steht natürlich auch der Personalhaushalt ganz besonders im Fokus. Ich will Ihnen hierzu ganz offen sagen: Die Anmeldungen aus unseren Fachämtern nach neuen Stellen waren fachlich ausnahmslos begründet. Die Fallzahlen steigen, neue Gesetze kommen hinzu – ich kann jede einzelne dieser Anmeldungen als begründet nachvollziehen.

Und trotzdem: In dieser ernsten Lage müssen wir ein klares Stoppsignal setzen. Deshalb gilt für das Jahr 2027: Es wird bei uns keine neuen Stellen geben. Bei entfallenden bzw. zurückgehenden Aufgabenbereich etwa im Bereich der Flüchtlingsaufnahme können zudem einige Stellen entfallen.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle ein ebenso klares, unmissverständliches Wort anfügen:
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landratsamtes dürfen nicht der Steinbruch sein, aus dem wir die Finanzlöcher des Bundes stopfen!

Wenn wir von digitaler Verwaltung sprechen, wenn wir Bürgernähe wollen, wenn wir Bauanträge zügig bearbeiten, Kinder schützen, Straßen unterhalten und das Bürgergeld verlässlich auszahlen wollen – dann brauchen wir dafür engagierte, hochqualifizierte Fachkräfte aus Fleisch und Blut. Ein kaputtgesparter Verwaltungsapparat nutzt niemandem.

Wir sparen also – ja. Aber wir tun es mit kühlem Kopf und mit Sinn für Proportionen. Wir sparen nicht an Strukturen, die wirken und gesellschaftlich tragen.
Und noch etwas ist mir wichtig: Trotz der finanziellen Härte bewahren wir Haltung. Populistische Scheinlösungen, Verweigerungshaltungen oder gar der Bruch von Recht und Gesetz sind für uns keine Option. Aus Rechtswidrigkeit ist noch nie ein solider Haushalt entstanden. Wir bleiben verlässlich, wir bleiben rechtsstaatlich und wir bleiben konstruktiv.

Meine Damen und Herren,
wenn ich an dieser Stelle stehenbleiben und nur über Sparlisten und Defizite sprechen würde, dann würde ich Ihnen und den Menschen in unserem Landkreis nicht gerecht. Denn trotz aller Sparzwänge gilt: Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir verlieren nicht den Optimismus!

Wie der Präsident unseres Landkreistags, Achim Brötel, treffend gesagt hat:
„Wir müssen aus Problemen Möglichkeiten machen.“

Und genau das tun wir im Landkreis Waldshut tagtäglich. Schauen wir doch einmal mit Stolz und Selbstbewusstsein darauf, was wir gemeinsam in den vergangenen Monaten und Jahren angepackt und erreicht haben. Dieser Landkreis Waldshut steht keineswegs still. Wir resignieren nicht in der Krise – wir gestalten, wir bauen und wir schaffen bleibende Werte, von denen jede einzelne unserer 32 Städte und Gemeinden, jede Bürgerin und jeder Bürger Tag für Tag ganz direkt profitiert!

Schauen Sie auf die Gesundheitsversorgung:
In ganz Deutschland gerät die Krankenhauslandschaft ins Wanken. Häuser schließen, Abteilungen werden abgebaut, die Verunsicherung ist riesig. Und was tun wir hier im Landkreis Waldshut? Wir handeln vorausschauend! Die Erschließungsarbeiten auf dem neuen Klinikareal laufen hervorragend und voll im Plan. Das Vergabeverfahren für den Hochbau befindet sich auf der Zielgeraden. Wenn alles glatt läuft, wollen wir am 2. Dezember hier im Kreistag den entscheidenden Baubeschluss für den Hochbau fassen.
Das ist kein abstraktes Bauprojekt: Das ist die langfristige Garantie für modernste, wohnortnahe medizinische Notfall- und Spitzenversorgung für die Familien in Klettgau genauso wie in Todtmoos, in Bonndorf genauso wie in Bad Säckingen oder Waldshut-Tiengen.

Schauen Sie auf das Thema Menschlichkeit und Würde:
Mit dem neuen Hospiz haben wir in diesem Jahr gemeinsam einen Meilenstein geschaffen. Wie oft haben wir in den Gremien darüber gesprochen, wie dringend ein solcher Ort gebraucht wird. Jetzt steht er. Dieses Haus dient nicht einer einzelnen Gemeinde – es steht den Angehörigen und Bürgern aus allen Teilen unseres Landkreises offen. Es beweist eindrucksvoll, was möglich wird, wenn Landkreis, Kommunen, Träger und bürgerschaftliches Engagement an einem Strang ziehen.

Schauen Sie auf die Mobilität:
Die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke – ein Jahrhundertvorhaben, um das Generationen vor uns gerungen haben – ist längst keine Vision mehr sondern greifbare Realität. Wir liegen voll im Zeitplan. Im Dezember 2027 rollen hier die ersten modernen, leisen und umweltfreundlichen Elektrozüge.

Und wir vergessen dabei den ländlichen Raum abseits der Hochrheinachse nicht: Mit der planmäßigen Reaktivierung der

Wutachtalbahn binden wir auch diesen Teil unseres Landkreises wieder an das moderne Schienennetz an. Damit stärken wir die Mobilität der Pendlerinnen und Pendler, entlasten unsere Straßen und schaffen echte Standortvorteile für die Handwerksbetriebe und Unternehmen unseres Landkreises.

Schauen Sie auf die Bildung und Zukunftssicherung:
Vor wenigen Jahren war eine Hochschule bei uns noch ein mutiger Traum. Heute ist die Fachhochschule des Mittelstands (FHM) ein pulsierender Bildungsstandort. Wir verzeichnen in diesem Wintersemester 93 Neu-Immatrikulationen und zählen mittlerweile rund 300 Studierende. Was für ein Erfolg.
Das ist gelebte Fachkräftesicherung vor Ort, von der jeder Betrieb zwischen Rhein und Herzogenhorn profitiert!

Meine Damen und Herren,
all das sind keine Zufälle. Es sind handfeste Ergebnisse gemeinsamen, mutigen Handelns. Wir reden nicht nur über Zukunft – wir machen sie Schritt für Schritt erlebbar.
Aber wir müssen genauso ehrlich sein:
Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass wir diese enorme Kraftanstrengung auf Dauer allein aus eigener Kraft durchhalten können, wenn die Rahmenbedingungen von oben so erdrückend bleiben, wie sie derzeit sind.

Die Symptome vor Ort zu lindern, reicht nicht mehr aus. Wir müssen an die Ursachen heran!
Wir brauchen eine echte Staatsmodernisierung in Baden-Württemberg. Die Ankündigungen der Landesregierung zur Staatsmodernisierung sind daher zu begrüßen. Die Bewältigung dieser strukturellen Krise erfordert mutige und grundlegende Reformen. Neben einer aufgabengerechten Finanzausstattung und einer kritischen Überprüfung bestehender Aufgaben und Standards bedarf es einer konsequenten Modernisierung der Verwaltungsstrukturen. Dabei muss es darum gehen, Doppelstrukturen abzubauen, Zuständigkeiten sachgerecht zu bündeln, Entscheidungswege zu verkürzen und die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen. Maßstab muss die bestmögliche Erfüllung öffentlicher Aufgaben sein. Hierzu sind bestehende Zuständigkeiten und Strukturen auf allen Verwaltungsebenen ergebnisoffen zu überprüfen. Die Zukunftskommission des Landes bietet die Chance, dass den Ankündigungen auch Taten folgen.

Auch müssen wir weg von dieser elenden Mißtrauenskultur. Vielmehr sollte als Richtschnur wieder gelten: Vertrauen vor Kontrolle!

Deshalb schließt sich der Landkreis Waldshut den klaren Leitsätzen unseres Spitzenverbandes an: Es braucht jetzt „eine klare Beachtung und rechtliche Nachbesserung der Konnexität sowie echte Mitwirkungsrechte der Kommunen bei Gesetzgebung und Umsetzung.“
Nur wenn das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ rechtlich wieder wasserdicht verankert wird und die kommunale Praxis von Beginn an mitredet, können wir den finanziellen Kollaps der kommunalen Familie abwenden. Wir als Landkreis müssen unseren Teil tun, können diese Krise aber unmöglich alleine schultern und deshalb Berlin und Stuttgart nicht aus der Verantwortung entlassen. An dieser Stelle unterlasse ich nicht den Blick auf das Sondervermögen des Bundes. Diese Mittel helfen uns gerade bei den großen Investitionen, die wir vor uns haben. Sie ersparen uns auch Zinsen. Sie helfen uns aber im Ergebnishaushalt, der uns aus den genannten Gründen besonders belastet, strukturell nicht weiter. Dort muss jetzt die Politik ansetzen: der Bund muss den Sozialstaat zukunftsfest machen, die angekündigte, umfassende Sozialstaatsreform muss kommen. Eine Reform, die Verfahren vereinfacht und zusammenführt, Leistungen zielgenauer macht und die Aufgaben zwischen der kommunalen Ebene und den Versicherungsträgern klar trennt. Bis die Reformen wirken, muss der Bund die Kommunen finanziell stabilisieren, das kann durch einen höheren Umsatzsteueranteil geschehen. Auch das Land muss seine Verantwortung für die Eingliederungshilfe, die Schulbegleitung und auch für die Finanzierung der Investitionen in die Krankenhäuser wahrnehmen. Wir setzen bei letzterem darauf, dass das Wort von Minister Lucha gilt!

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, meine Damen und Herren,

die Zeiten sind rau. Die Aufgabe, diesen Haushalt zu beraten und zu beschließen, verlangt uns allen viel ab.
Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen: ehrlich in den Zahlen und den Fakten, partnerschaftlich untereinander und gegenüber unseren Städten und Gemeinden und mutig im Blick nach vorn. Lassen Sie uns stolz sein auf das, was wir für unsere Heimat erreicht haben, und lassen Sie uns gemeinsam die Ärmel hochkrempeln für die Aufgaben, die vor uns liegen.
Ich übergebe den Haushaltsplan für das Jahr 2027 mit einem Gesamtvolumen von rund 360 Millionen Euro in die Verantwortung des Gremiums und in die Beratungen in den Ausschüssen.

Vielen Dank.